



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

T/IX/226 - 6.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Vor der Bundestagsdebatte	S. 1
Der Urteilspruch gegen McCarthy	S. 3
SED und Berliner Senat	S. 5
Forderungen der Kriegsoffer	S. 6

London ließ viele Fragen offen

sp - Der Bundeskanzler hat Dienstag gesprochen; diesmal sogar vor dem Bundestage und am Donnerstag ist das Parlament selbst am Zuge. Es wäre müßig, prophezeien zu wollen, welche Haltung die FDP und der BND zu den Londoner Ergebnissen einnehmen werden, denn beide Parteien sind gerade in der Beurteilung der Außenpolitik in der letzten Zeit zu kapriolenhaft verfahren. Mit Sicherheit aber kann man voraussagen, welche Position die CDU und die SPD einnehmen werden. Klar dürfte sein, dass die Partei des Kanzlers die Londoner Ergebnisse und damit den Bundeskanzler feiern und ihre volle Zustimmung zu dem Erreichten abgeben wird. Ebenso klar aber auch ist die Haltung der SPD. Ohne Einzelheiten vorgreifen zu wollen, kann man feststellen:

Das Londoner Ergebnis - gleichgültig wie man es wertet - ist nicht der Erfolg der Politik Dr. Adenauers, sondern es ist zustande gekommen, nachdem die Politik des Kanzlers, die sich unauflöslich mit der EWG verbunden hatte, gescheitert ist. London hat nicht die Integration, sondern ein System der militärischen Kooperation zum Ergebnis, und gerade das ist es, was der Bundeskanzler noch bis zur Brüsseler Konferenz konsequent ablehnte, ja sogar für schlecht und schädlich für Europa hielt. Wandlungsfähigkeit wäre also das einzige, was dem Kanzler zu attestieren wäre.

Wenn man die Londoner Konferenz aus dieser Sicht beurteilt, dann kann man feststellen, dass gegen den Widerstand des Bundeskanzlers, militärisch gesehen, zwei positive Fakten festzustellen sind:

- a) die Einbeziehung Großbritanniens in dieses Paktsystem und
- b) der Wegfall einiger schwerwiegender Diskriminierungen, die im EVG-Vertrag für die Bundesrepublik enthalten waren.

Nicht etwa, dass damit alle Fragen geklärt wären, zumal es sich ja bislang nur um ein Rahmenabkommen handelt und es entscheidend darauf ankommen wird, wie dieser Rahmen in künftigen Konferenzen und der paragraphenmäßigen Festsetzung der Londoner Ergebnisse gefüllt werden soll. Offen sind noch wesentliche Fragen der Rüstung, der endgültigen Verfügungsgewalt über deutsche Truppen, der Notstandsklausel, der Diskrimination in Fragen der industriellen Produktion usw. Kein Wort hat der Bundeskanzler auch über die Stellung der Saar geäußert, obwohl es feststehen dürfte, dass auch hier wieder ein politisches Junctim im Kommen ist.

Aber alles das sind Fragen, die einer späteren Erörterung vorbehalten bleiben können. Entscheidend ist, dass diese Londoner Konferenz mit einer falschen Tagesordnung zu Ende gebracht wurde. Man soll sich nicht darüber hinwegtäuschen; der Bundeskanzler hat zwar in Worten viel von der Wiedervereinigung und ihren Möglichkeiten im Rahmen des neuen Brüsseler Paktes gesprochen. Praktisch aber handelt es sich nur um Deklamationen ohne jede politische Konsequenz. Das Londoner Ergebnis muß also in erster Linie von diesem Gesichtspunkt her beurteilt werden und ist, das sei in aller Offenheit gesagt, in diesem Punkte negativ.

Diesem Londoner Ergebnis also wird die SPD ihre Konzeption der Wiedervereinigungspolitik entgegenzusetzen haben. Diese Wiedervereinigungspolitik aber bedingt

1. ein Ausnutzen aller Chancen, um zu einer internationalen Entspannung zu kommen und
2. eine Viermächte-Konferenz, denn nur auf diesem Wege kann die deutsche Frage friedlich gelöst werden.

McCarthy - Anfang vom Ende?

O.L., New York, Anfang Oktober

Der Bericht des sechsgliedrigen Ausschusses, den der Senat zur Überprüfung der Vorwürfe gegen sein "Enfant Terrible" eingesetzt hat, bedeutet eine unerwartet scharfe Verurteilung McCarthys. Dass ein zur Hälfte aus Republikanern und Demokraten und zur Gänze aus sehr konservativen Senatoren zusammengesetzter Ausschuss nach kurzer Untersuchung eine ungewöhnliche Maßnahme gegen einen Senator, nämlich einen Tadel beantragt ist eine Überraschung. Dass sich dieser Tadel nur auf zwei der vorgebrachten Anklagen und Beschwerden erstreckt, während in allen anderen Fragen McCarthy mit "einem blauen Auge" davonzukommen scheint, ist nicht entscheidend. Denn das Senatskomitee hat auch in den Punkten, in denen es McCarthy nicht formell schuldig gesprochen hat, ihn moralisch verurteilt.

So wichtig jedoch die moralische Verurteilung ist, die der Senatsausschuss ausgesprochen hat und so schwer dieser Schlag für McCarthys Prestige ist, so wäre es doch verfrüht, die Affäre bereits mit einer endgültigen Niederlage für abgeschlossen zu halten. Nicht nur, dass der schlaue Taktiker McCarthy nie um einen kühnen Gegenzug verlegen ist, - die Entschlossenheit des Senats, es bald, das heißt vor den Novemberwahlen zu einer wirklichen Entscheidung kommen zu lassen, ist heute kaum größer als zur Zeit, da McCarthy die nun gerügten Verstöße beging.

Obwohl der Sinn des Senatsbeschlusses vor den Sommerferien, als der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, zweifellos war, dass sowohl Bericht wie auch die Beschlussfassung über die Anträge des Ausschusses vor den Wahlen erfolgen sollte, hat die Republikanische Führung des Senats beschlossen, diesen erst eine Woche nach den Wahlen zusammenzurufen. Die Republikaner wollten vermeiden, dass sie angesichts des bevorstehenden Urteils der Wähler ihr Verdikt sprechen müssten. Und viele der Demokraten, insbesondere die konservativen, sind damit ebenfalls sehr zufrieden. Viele meinen, dass McCarthy noch immer Anhang unter gewissen Wählergruppen hat. In Neu-England sind Republikaner und Demokraten besorgt, sie könnten die irischen Katholiken von Boston - eine große politische Macht bei Wahlen - "beleidigen", wenn sie den katholischen Antikommunisten McCarthy zu hart anfassten. In New Jersey hat ein Re-

republikaner, der sich um einen Senatsitz bemüht, sehr scharf gegen McCarthy Stellung genommen und damit eine Rechts-Revolution unter den Funktionären der Republikaner ausgelöst, die den Demokraten zugutekommen könnte.

So gibt es noch immer eine große Zahl von Politikern, die in der McCarthy-Frage der Tapferkeit besseren Teil wählen. Was nach den Wahlen geschehen wird, dürfte im hohen Maße von dem Ausgang der Wahlen selbst abhängen. Tatsache ist, dass sich die Republikanischen Wahltaktiker offenbar entschlossen haben, bis November McCarthy zunächst aus dem Auslagenfenster zu entfernen. Sie bauen ihre Hoffnungen, soweit sie überhaupt Hoffnungen auf einen günstigen Ablauf im November haben, auf Eisenhowers Popularität und nicht auf McCarthys antikommunistische Demagogie. Was die Stimmung der Republikanischen Parteitaktiker nach den Wahlen sein wird, ist nicht sicher. Mag sein, dass sie noch einmal zu der Meinung kommen könnten, sie müssten die McCarthy-Stink-Artillerie ins Gefecht schicken.

Viel ernster als die Frage nach McCarthys politischer Zukunft ist die Sorge um die Zukunft des McCarthyismus. Die Vergiftung der öffentlichen Meinung ist nicht geheilt. Die Einschüchterung, die McCarthy zu verbreiten verstand, ist nicht überwunden und selbst wenn der Demagoge in den Hintergrund treten müsste, ist die Demagogie noch nicht erledigt. Erst dieser Tage ist es zu einer hitzigen Auseinandersetzung zwischen dem Demokratischen Parteiohmann Mitchell - einem von Stevensons Getreuesten - und dem Vizepräsidenten Nixon gekommen, weil dieser in Wahlreden behauptet hatte, die Republikaner hätten Tausende "Kommunisten" und kommunistische Mitläufer aus dem Bundesdienst entlassen. Mitchell bezeichnete diese Behauptung von Eisenhowers engstem politischen Mitarbeiter als eine Lüge. Die antikommunistische Demagogie, mit deren Hilfe die Republikaner 1952 die Präsidentschaft gewannen, ist also noch nicht so erledigt, wie im Augenblick ihr geschicktester und skrupellosester Techniker.

Wenn nun der Mantel fällt, muß dann der Herzog nach? Wenn McCarthy in einem Winkel der Politik verbannt wird, wird der McCarthyismus ihm nachfolgen? Zunächst aber: wird McCarthy wirklich in den Hintergrund gedrängt und auf die Rolle eines Sechsunundneunzigstels des 96-gliedrigen Senats reduziert werden?

+

+

+

- 5 -

SED und westberliner Senat

Von Willy Brandt, MdB

Der Berliner Senat hat Anfang dieser Woche beschlossen, der SED die Teilnahme an den Dezemberwahlen zum Abgeordnetenhaus nicht zu verwehren. Die Berliner SPD hat diesen Beschluss des Senats - richtiger: seiner CDU-Hälfte - gebilligt. Die FDP hat demgegenüber seit einiger Zeit ein Verbot der "Einheitspartei" propagiert, wohl wissend, dass es dazu ohne Zustimmung der Besatzungsmächte überhaupt nicht kommen könnte.

Man muss sich nämlich daran erinnern, dass SED und SPD nach dem in Berlin mißglückten Versuch der Zwangsvereinigung durch Viermächtebeschluss vom Mai 1946 ausdrücklich für alle vier Sektoren zugelassen wurden. So besteht denn auch bis auf den heutigen Tag die SED als legale Partei im sowjetischen Sektor von Berlin. Die Möglichkeiten des Wirkens in der Öffentlichkeit sind ihr allerdings seit langem genommen. Auch für die "Wahlen" zur Ostberliner "Volksvertretung" am 17. Oktober wurden solche Bedingungen aufgestellt, dass die Einreichung sozialdemokratischer Listen nicht in Betracht kommen konnte.

Auf der anderen Seite bleibt festzuhalten, dass sich die Kommunisten in Westberlin weder 1948 noch 1950 zur Wahl gestellt haben, wohl aber eine legale Partei blieben. Sie jetzt nicht zur Wahl zuzulassen, würde zu ernststen politischen Mißverständnissen Anlass geben können. Es könnte draußen in der Welt der Eindruck entstehen, die Verhältnisse in Berlin seien so labil, dass eine Auseinandersetzung mit dem Mittel des Stimmzettels gefürchtet werde.

Hinzu kommt, dass an der Ernsthaftigkeit des Willens der SED zur Teilnahme an den Wahlen gezweifelt werden muß. Manches deutet darauf hin, dass es den Leuten lediglich um eine gewisse Propaganda geht, um dann zu erklären, sie seien durch "Terror" daran gehindert worden, sich den Wählern zu stellen. Ein solches Manöver sollte man ihnen nach Meinung der Berliner Sozialdemokraten nicht zu leicht machen.

Natürlich ist es für die Berliner eine Zumutung, die etwaige Wahlpropaganda der SED über sich ergehen zu lassen und zu wissen, dass im Herrschaftsbereich der SED ganz andere Maßstäbe angelegt werden.

Übergeordnete Gesichtspunkte lassen es gleichwohl als richtig erscheinen, an die Disziplin der Westberliner Bevölkerung zu appellieren und die SED-Leute - falls sie sich wirklich stellen sollten - während der Wahlauseinandersetzung möglichst zu isolieren.

Wenn so verfahren wird, könnten die Wahlen zum Abgeordnetenhaus vielleicht nicht nur zu einer interessanten Erfahrung werden, sondern auch zu einer Waffe im Kampf um gesamtberliner und gesamtdeutsche Wahlen. Jedenfalls besteht kein Grund, die Entscheidung der Berliner SPD und CDU zu dramatisieren.

+ + +

Prüfstein für die Bundesregierung

s. Die Kriegsoffer, deren Verbände in Kürze mit der Bundesregierung über eine Erhöhung der Renten verhandeln wollen, haben gute Aussichten, sich mit einem Teil ihrer Forderungen durchzusetzen. Die Parteien des Bundestages sind sich - wenn man den Versicherungen der Koalitionsparteien glauben darf - darüber einig, dass eine Verbesserung der sozialen Leistungen hier überfällig sei.

Man muß dem Sonderminister Strauß eine Frage stellen: er hat auf der VDK-Kundgebung in Bad-Godesberg, auf der er die Grüße der Bundesregierung überbrachte, ausdrücklich von den Leistungen für die Kriegsoffer als "dem Prüfstein für die Volksgemeinschaft" gesprochen. Wenn das nicht nur die Höflichkeitsformel einer in Eile zusammengestellten Begrüßungsrede war - warum hat dann Herr Strauß nicht im Kabinett darauf gedrungen, dass der Aufforderung des Bundestages zur Vorlage von Verbesserungsvorschlägen für die Kriegsofferrenten schnellstens entsprochen wurde? Diese Aufforderung wurde im Juli an die Bundesregierung gerichtet. Am 15. Oktober findet im Bundestag abermals eine Kriegsofferdebatte statt. Schon im Voraus mußte auf der VDK-Tagung der Vorsitzende des Kriegsofferausschusses im Bundestag, der BHE-Abgeordnete Petersen, mit einer unüberhörbaren Rüge für das Versäumnis der Regierung ankündigen, "dass jetzt die Initiative wieder beim Parlament liegt".

Strauß selbst hat eine Andeutung gemacht, warum die Bundesregierung sich so wenig um die Kriegsoffer (und alle anderen Rentner) kümmert. Da die Rentner die schwächsten sind und ihre Forderungen am wenigsten laut vortragen können, werden ihre Ansprüche zwischen den übrigen Forderungen politisch und wirtschaftlich Mächtigerer zermahlen. "Es muß wie die Quadratur des Kreises erscheinen: die Steuern sollen gesenkt, Verteidigungsbeitrag und Kriegsofferversorgung sollen erhöht und gleichzeitig soll die Währung stabil gehalten werden." In dieser Äußerung des Ministers liegt das Eingeständnis der Regierung, Forderungen ausgesetzt zu sein, die nach ihrer Ansicht die Befriedigung der Ansprüche der Kriegsoffer weitgehend ausschließen.

Der Minister hat von der "Volksgemeinschaft" gesprochen. Er hat zwar entschuldigend hinzugefügt, dass dieses Wort einen ideologischen Unterton habe, der seine Verwendung nahezu ausschließe, hat sich aber dann - offenbar wegen der schon vermuteten Eile bei der Zusammenstellung seiner Begrüßungsansprache - doch nicht entschließen können, auf den Gebrauch dieses Wortes zu verzichten. Er hätte wirklich bedenken sollen, dass jene Millionen, die Opfer wurden, es für ein gefälschtes Idealbild wurden. In dem Zusammenhang, in dem Strauß das Wort gebraucht hätte er es besser durch "Bundesregierung" ersetzen sollen. Für sie sind die Leistungen für die Kriegsoffer wirklich ein Prüfstein ihrer sozialen Verantwortung. Das ist der entscheidende praktische Punkt. Das andere ist Pathos, ist Deklamation.

+ . +
+

Verantwortlich: Peter Raunau